

Diskussion:

Blindflecken der Sozialwirtschaft. Anmerkungen zu Kurswechsel Nr. 4/2004

Ljubomir Bratic

Wenn »Kurswechsel« eine Zeitschrift für »gesellschaftspolitische Alternativen« ist, dann hat sie mit der Nummer 04/2004 über »Sozialwirtschaft in Österreich – Alternative oder Lückenbüßerin« eindeutig dieses selbst auferlegte Ziel verfehlt. Die gesamte Nummer ist, abgesehen von der interessanten aber in diesem Kontext eher befremdlich wirkenden historisch marxistischen Position von Gerhard Melinz und der postmarxistischen von Rupert Weinzierl, ein unkritischer Informationsreader: Performativ selbstbestätigend und weitertradierend. Interessant vielleicht für die in diesem Verwaltungsbereich Tätigen und somit auch materiell abhängigen Individuen. Uninteressant aber, wenn wir auf dem Standpunkt einer kritischen Auseinandersetzung mit soziopolitischen Realitäten stehen.

Was Sozialwirtschaft wirklich heißt wird hier nicht klar! Was heißt z.B. »Mittlerin zwischen Staat und Markt«, wenn sowohl Staat als auch Markt nicht handelnde Subjekte, sondern nur sich in einem andauernden Prozess der Verhandlung und sozialen Kampf herauskristallisierende Effekte sind. Wenn etwas ein Prozess ist, dann kann es auch keine genauere Festlegung dessen geben und folglich auch keine »Intermediarität«, wie in diesem Heft eines der Hauptcharakteristika der Sozialwirtschaft genannt wird. Mediation ohne handelnde Subjekte – wahrscheinlich die sinnvollste Verwendung dieser neuzeitlichen Technik – kann aber nur Meditation sein. Auch auf die Genealogie und die vielfältigen Transformationen dieses Begriffes (Was war die Funktion der Hilfe/Selbsthilfe in der Monarchie, was in der Ersten Republik und was heute? Was ist die gesellschaftliche Funktion der Armen, der »NutzerInnen« (wie sie im Heft genannt werden), denen da angeblich geholfen wird? Wer sind diese Armen in verschiedenen Epochen? Wer gehört nicht zu den »NutzerInnen« und warum nicht? usw.) wird nicht genau eingegangen. Die Frage, die sich hier aufdrängt ist die, ob diese Unklarheit nicht ein Wesensmerkmal solcher diskursiver Auseinandersetzungen über diesen Bereich ist, nicht aus Bösartigkeit, sondern weil dies den allerbesten verwaltungstechnischen Schutzmantel bietet. Ich vermute aber eher, dass die AutorInnen von dieser List weit entfernt sind. Eine wichtige Voraussetzung dafür wäre die Auseinandersetzung mit der eigenen Position, und die fehlt in diesem Heft vollkommen.

Die neuesten Entwicklungen der post-disziplinären Ordnung innerhalb der Sozialen Arbeit – wie von Robert Castel ausgearbeitet – finden genauso wenig eine Erwähnung wie auch die Diskussion um die Rolle der Sozialwirtschaft als eine Regierungs- und Machttechnik – ausgearbeitet innerhalb der gouvernementalitätstheoretischen Entwicklungen in den letzten zehn Jahren. Gehören die um sich greifenden Ord-

nungs- und Sicherheitsdiskurse nicht in den Bereich der Sozialwirtschaft? Wo sind die entsprechenden Problematiken der Machtverhältnisse und Repräsentation? Diese scheinen für die Beiträge in diesem Heft keine wichtige Rolle zu spielen, womit sie, gelinge gesagt, die gesamte Diskussion der Subaltern Studies der letzten 30 Jahre nicht als möglichen Teil der Theorie und somit auch des Diskurses der »NGOs« wahrnehmen. Die Sozialwirtschaft – zumindest ein Teil davon, die Soziale Arbeit – ist aber ein Ort der Verwaltung, der gleichzeitig für sich in Anspruch nimmt, die Repräsentation der Anliegen ihrer »KundInnen« – in diesem Heft weniger »KlientInnen« – im »politischen« Feld zu gewährleisten. Somit ist diese Problematik der Repräsentation oder eben Nicht – Repräsentation eine der zentralen in der Sozialwirtschaft. Wenn nicht, dann gibt es demokratiepolitisch gesehen keinen Unterschied zwischen Sozialwirtschaft und Bürokratie. Das alles wird leider nicht thematisiert. Insgesamt also ein Heft ohne politisches Ziel, geschweige denn von Utopien und alternativen gesellschaftlichen Entwürfen. Damit reiht sich diese Publikation in die Reihe jener, die die bestehende Apolitisierung der Gesellschaft pflegen. Es handelt sich dabei nicht um eine »diskursive Beleuchtung« der Sozialwirtschaft, wie im Vorwort beteuert wird, sondern einfach um dessen Apologie. Die meisten Texte in diesem Heft sind, um an Foucault zu erinnern, Beispiele dafür, wie das gelenkte Subjekt sich selbst lenkt. Das wissenstransportierende und auch -schaffende Subjekt scheint durch eine höchste Akzeptanz der sozialen Regulierung und Führung vor allem dazu definitiv motiviert zu sein, diese Techniken diskursiv zu verfestigen und weiter zu tradieren. Hier handelt es sich um eine »Selbstregulierung der Regierten« und das Wissen, das dabei entsteht, ist wiederum nichts anderes als eine Machttechnik: Sie verschleiert, verdeckt, und spricht nur die eine machtkonforme Sprache. Die Frage der AkteurInnen auf der Seite der »NutzerInnen« wird kaum angeschnitten, geschweige denn

Tabelle 3: »Wie hoch schätzen Sie die Kosten für die Maßnahmen: Ersatz durch Hauptamtliche, durch Freiwillige, Verminderung des Leistungsangebotes, Erhöhung der Weiterverrechnung des Kostenersatzes, Sonstiges?«

Prozent der geschätzten Mehrkosten	Alle Träger	Träger ohne Blaulicht	Blaulicht	Alle Träger nach ZDL gewichtet
-5%	5	5	15	6
5-10%	11	11	0	4
10-15%	8	9	4	2
15-20%	12	13	0	9
20-25%	6	6	8	3
25-30%	7	7	8	14
30-40%	4	2	42	46
-100%	1	1	0	0
k.A.	46	48	23	16
Summe	100	100	100	100

Fragebogenauswertung der Trägerorganisationen, Frage 5.²⁹

die Fragen ihrer Strategien und Taktiken weiter verfolgt. Ein machtvolleres Schweigen beherrscht hier das Feld.

Wobei mich aus meiner Position als Migrant in diesem Staat natürlich auch die totale Ausblendung von Themen wie Migration, MigrantInnen, Rassismus und Antirassismus irritiert. Es scheint so zu sein, dass die HerausgeberInnen und mit ihnen auch die AutorInnen mit diesen Themen nichts zu tun haben wollen.

Flüchtlingsbetreuung wird z.B. im Zusammenhang mit »Selbstaubeutung des engagierten Einzelnen« erwähnt, also im Zusammenhang mit der Befindlichkeit und den Interessen jener, die betreuen und nicht jener, die betreut werden. Sie kommen nirgendwo zu Wort.

Ob die HerausgeberInnen auch glaubwürdig behaupten können, dass der gesamte Bereich der sogenannten »Integration« und der damit einhergehenden Verwaltung der MigrantInnen innerhalb dieses Staates nicht zur Sozialwirtschaft gehört, das wage ich hier mal zu bezweifeln.

Geschweige, dass sich ein/e MigrantIn unter den AutorInnen oder HerausgeberInnen des Heftes befindet – diese Selbstverständlichkeit was z.B. die Frauen betrifft, ist nicht einmal in den Publikationen selbstverständlich, die sich ausdrücklich dem Thema Migration usw. widmen und schon gar nicht in diesem, wie es scheint, an eine spezifische Gruppe gerichteten Reader. Darüber hinaus wäre, im Rahmen der Auseinandersetzungen mit Sozialwirtschaft, auch die Tatsache zu diskutieren, dass die MigrantInnen, wie sonst in der Gesamtgesellschaft, auf der untersten Ebene der sozialwirtschaftlichen Organisationen (z.B. in Kranken- und Alterspflege, aber sonst wo auch) als Beschäftigte zu finden sind und kaum in den Leitungsetagen. Warum wiederholt sich der gesamtgesellschaftliche Ausschluss in diesem Segment? Wenn die MigrantInnen aber in die Leitungspositionen gelangen, dann werden die gesamten Organisationen, wie die Auseinandersetzungen um den Verein ECHO in letzter Zeit in Wien zeigen, einfach aufgelöst. Die MigrantInnen sind nicht einmal diejenigen, die Organisationen führen, die sich um die Betreuung und Beratung der MigrantInnen kümmern, geschweige denn solche, wohin sehr viele MigrantInnen als KlientInnen kommen, wie z.B. die gesellschaftlich sehr wichtigen Institutionen der Frauenhäuser (dort gibt es einen sehr hohen Prozentsatz von Migrantinnen, die Klientinnen sind und einen verschwindenden Anteil von Migrantinnen als Mitarbeiterinnen).

Weiteres erwähnt dieses Heft nirgendwo die Rolle der sozialwirtschaftlichen Organisationen als Puffer und Stabilisierungsfaktor (zwischen staatlichem, rassistischen Repressionsapparat und den gesellschaftlich Ausgeschlossenen). Diese Rolle der Blitzableiter hat etwas mit Geld zu tun: Im migrantischen Bereich schaut das z.B. so aus, dass es in den ca. 160 migrantischen Selbstorganisationen in Wien keine(n) einzige(n) subventionierte(n) MitarbeiterIn gibt. Die MigrantInnen und ihre Organisationen werden nicht subventioniert. Da liegt das Problem: Die MitarbeiterInnen in den für MigrantInnen tätigen sozialwirtschaftlichen Einrichtungen sind nichts anderes als gut finanzierte StellvertreterInnen. Und sie agieren, auch wenn das Gegenteil behauptet wird, als solche. Ihre Funktion ist einerseits die des Schlichtens und andererseits die der kontinuierlichen Wissenssammlung. Die Verwertung dieses Wissens obliegt dann den staatlichen Institutionen.

Ein noch wichtigerer Bereich, der in diesem Heft nicht angesprochen wird, ist derjenige der Kriminalisierung und Illegalisierung von MigrantInnen. Was passiert im Bereich der Sozialwirtschaft mit denen, die nicht nur kein Recht auf Rechte haben,

sondern sich überhaupt außerhalb des staatlich-institutionellen Horizonts befinden, mit den Sans papiers? Sind sie auch KlientInnen und KundInnen, und wenn nicht, warum nicht? Wessen KlientInnen und KundInnen dürfen sie sein und wessen nicht?

Eigentlich spielt sich die machtrelevante Auseinandersetzung im Bereich Sozialwirtschaft zwischen der »öffentlichen Hand« und den »ErbringerInnen von Leistungen« ab und nicht zwischen den »ErbringerInnen« und »NutzerInnen«. Die »NutzerInnen« der Leistungen werden, um ein Beispiel aus einem genuin sozialwirtschaftlichen Bereich zu bringen, abgeschoben, egal ob diese Tätigkeit seitens der Fremdenpolizei oder vom »österreichischen« Konsortium, bestehend aus Volkshilfe, Caritas, Rotem Kreuz und Evangelischem Flüchtlingsdienst oder von der privaten »deutschen« Firma »European Homecare« ausgeführt wird. Es geht dabei um das Einrichten der »NutzerInnen« und nicht um ihre Teilnahme. Sozialwirtschaft trägt dabei nicht zum »Ausgleich von Benachteiligungen in einer Gesellschaft« bei, sondern zum Erhalt bestimmter, unsere Zeit charakterisierender wirtschaftlicher, sozialer und politischer Verhältnisse. Und sie reklamiert sich in diesem Erhaltungsdiskurs als die effizienteste und effektivste Technik.

Insgesamt resümierend können wir sagen, dass diese hier, im Bezug auf den letzten Kurswechsel, angesprochenen Sachverhalte der innerhalb von EQUAL-Projekten allgemeinen Tendenz der Nicht-Einbindung von »Zielgruppen« zu entsprechen scheint. Insofern handelt das Netzwerk Sozialwirtschaft, das für die Herausgabe des Heftes die Mitverantwortung trägt und das ein Bestandteil der ersten EQUAL-Runde in Österreich war, nur folgerichtig.

Die Frage, die ich mir jetzt am Ende stelle, ist die, wie es zu einer Änderung der rassistischen Verhältnisse in der Gesellschaft kommen kann, wenn die VertreterInnen der NGOs, die nolens volens diejenigen der Sozialwirtschaft sind – also jener Institution, die sich im Bereich der Migrationspolitik seit ca. Anfang der 1980er neben der Fremdenpolizei langsam zur wichtigsten Verwaltungsinstanz für MigrantInnen entwickeln – eine Auseinandersetzung mit den Fragen und Forderungen dieser MigrantInnen verweigern?

Oder gehört die Frage der Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse überhaupt nicht mehr in die Auseinandersetzungsdomäne der Sozialwirtschaft? Wenn das so ist, dann stellt sich die Frage anders: Warum hat sich Kurswechsel als Zeitschrift für »gesellschaftspolitische Alternativen« dieses Themas überhaupt angenommen?

P.S. Das allerletzte Beispiel einer Publikation, wo der Versuch gestartet wurde, sich mit allen den oben angeschnitten Fragen und zwar in einem genuin sozialwirtschaftlichen Feld zu beschäftigen, ist der von Frauenhetz, Initiative Minderheiten und maiz im Januar 2005 herausgegebene Reader mit dem Titel »Bildungskontext Frauenmigration. Rahmencurriculum, Selbst-Evaluation und Politik.« Zu bestellen ist er unter: maiz@servus.at